

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 40.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorauszahlung. — Verbindungen nur: Postkontokonto 7718 Cöln.

Cöln, den 2. Oktober 1913.

Inserationspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Denkerwall 9. Telefonruf B. 1548. — Redaktionsschluss ist Montag Abzug.

14. Jahrg.

## An die Verbindungen der christlichen und nationalen Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten, Gehilfen und Bediensteten Deutschlands!

Zehn Jahre sind vergangen, seitdem wir in Frankfurt zum ersten deutschen Arbeiterkongress zusammentraten. Seine erstmalige Heerschau der nichtsozialdemokratischen Arbeiter- und Angestelltenverbände hat ihren Eindruck nicht verfehlt. Vier Jahre später konnten wir sie auf breiterer Grundlage in Berlin erneuern. Die deutschen Arbeiterkongresse haben in das öffentliche Bewusstsein des deutschen Volkes das eine tief eingegraben: Neben der Massenbewegung der staatsverneinenden Sozialdemokratie hat eine andere Bewegung Gestalt gewonnen und ringt sich allen Widerständen zum Trotz empor, die der christlichen und nationalen Arbeiter-, Angestellten- und Gehilfenverbände, Organisationen, die unter bewusster Ablehnung sozialdemokratischer Bestrebungen auf der Grundlage unseres heutigen Staats- und Gesellschaftslebens soziale Interessenwahrnehmung und kulturelle Hebung anstreben.

Inzwischen haben sich unsere Organisationen weiter ausgedehnt, fester gefügt, ihre Ziele klarer erkannt und ein vielgestaltiges Leben entfaltet.

Heute rufen wir alle, die Willens sind, erneut zur gemeinsamen Tat auf.

### Die Zeit verlangt ein mannhaftes Wort!

Noch hat unsere Nation ihr soziales Missionswert am eigenen Volke nicht vollendet. Noch gibt es Schichten, die der kräftigen Hilfe der Sozialpolitik des Staates bedürfen. Noch bedürfen wir alle des Schutzes, den sie uns leiht. Noch weniger können wir einer weiteren, freien Entfaltung unserer Selbsthilfeverbände entbehren. Und schon macht sich in einflussreichen Kreisen der Wissenschaft und der Interessengruppen ein gefährlicher Misstrauen breit. Unter dem Vorwand, die Sozialpolitik müsse nur dem Radikalismus, ja dem Sozialpolitischen Zug in unserer Nation entgegenwirken, ja dem Gegenteil gefehlt werden.

Gegen diese Strömungen müssen wir auf der ganzen Linie laut und überall vernehmbar unsere Stimme erheben. Sonderinteressen dürfen nicht über soziale Kulturinteressen gehen. Deutschlands Gegenwart und Zukunft verlangt ein gesundes, kräftiges, arbeitsfreudiges und kulturell hochstehendes Volk. Keinen Stillstand gibt's im wirtschaftlichen Leben der Völker, keinen Stillstand in der sozialen Schutz-, Hilfs- und Reformarbeit.

So rufen wir denn auf zum

## driften deutschen Arbeiterkongress.

Zu demselben laden wir alle diejenigen Verbindungen der Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten, Gehilfen und Bediensteten ein, die mit uns auf dem Boden christlicher Weltanschauung und nationaler Gesinnung stehen, die Notwendigkeit selbständiger gewerkschaftlicher Betätigung anerkennen und eine Fortführung der sozialen Reform anstreben.

Der Kongress tagt vom 30. November bis 3. Dezember in Berlin.

Zur Beratung stehen folgende Gegenstände:

1. Konstituierung des Kongresses.
2. Bericht des Ausschusses.
3. Nationale Entwicklung und soziale Bewegung in Deutschland.
4. Die deutsche Sozialpolitik und ihre Gegner.
5. Die Bedeutung der Koalitionsfreiheit und des Vereinigungsrechtes für die Angestellten und Arbeiter.

6. Lebensmittelversorgung und Lebensmittelsteuerung.
7. Wohnungsfrage.
8. Arbeitslosenfürsorge.
9. Wahl des Ausschusses.

Als Vertreter zugelassen werden nur dem Stande der Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten, Gehilfen und Bediensteten angehörende Personen und aus diesem Stande hervorgegangene Organisationsbeamte.

Es liegt im Interesse der ganzen Veranstaltung, daß der Kongress möglichst zahlreich besetzt wird.

Wir ersuchen alle teilnehmenden Vereinigungen, bis zum 10. November 1913 dem unterzeichneten Vorsitzenden die Zahl und Adressen der zu entsendenden Vertreter, sowie die Zahl der von ihnen vertretenen Mitglieder mitteilen zu wollen.

Mit kollegialem Gruß!

### Der Ausschuss des deutschen Arbeiterkongresses:

Franz Behrens-Essen,  
Vorsitzender.

Adam Stegerwald-Cöln,  
Schriftführer.

Hans Böhly-Hamburg,  
Rechnungsführer.

Marg. Behm-Berlin, Johann Sieberts-M. Gladbach, A. Kirckberg-Mülheim-Ruhr, Friedrich Kloss-Waldenburg, E. M. Schiffer-Düsseldorf, Heinrich Benz-München, Emil Hartwig-Vielefeld, Wilhelm Gutjohr-Elberfeld, Franz Dauer-München, Richard Martin-Witten-Ruhr, Wilhelm Weyer-M. Gladbach.

NB. Alle Zuschriften und Einsendungen sind an Franz Behrens, Essen-Ruhr, Heindestraße 40, zu richten.

### Nochmals: Das Arbeitertrug-Kartell.

Die in Leipzig proklamierte „Arbeitsgemeinschaft des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des Bundes der Landwirte, des Kartells der christlichen Bauernvereine und des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes“ ist von langer Hand vorbereitet und nicht das Ergebnis einer plötzlichen Stimmung. Volle Klarheit über das, was die Arbeitsgemeinschaft will, wird man wohl erst dann gewinnen, wenn die Leipziger Verhandlungen im Stenogramm vorliegen und wenn die ersten gemeinsamen aktiven Schritte bekannt geworden sind. Aus den Zeitungen, die die Leipziger Tagung angenommen hat, sind die endgültigen Absichten der Kartellierten nur schwer zu erkennen. Diese Zeitungsreden lauten:

1. Zusammengehen der drei Gruppen: gewerblicher Mittelstand, Industrie und Landwirtschaft zwecks gegenseitiger wirtschaftlicher Unterstützung und Bekämpfung im Organismus unseres Wirtschaftslebens.
2. Aufrechterhaltung der Autorität in allen wirtschaftlichen Betrieben.
3. Schutz der nationalen Arbeit. Sicherung angemessener Preise und Schutz der Arbeitswilligen.
4. Bekämpfung der Sozialdemokratie und sozialistischen Irrlehren.

Auf den ersten Blick sieht das ziemlich harmlos aus. Ein Zusammengehen der genannten Gruppen zur Förderung wirtschaftlicher Aufgaben wird kein

Mensch tadeln können. Die „Aufrechterhaltung der Autorität“ in den wirtschaftlichen Betrieben ist etwas so Selbstverständliches, daß man sich fragt, warum eine solche Forderung überhaupt aufzustellen ist — wenn sich nicht etwas anderes dahinter verbirgt und wenn nicht der Satz in sinnemäßer Uebersetzung lauten soll: Ausschaltung der Arbeiter bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und infolgedessen Verkrüppelung der Tarifverträge. „Schutz der nationalen Arbeit“ haben sich alle bürgerlichen Politiker und Sozialpolitiker zur Aufgabe gestellt, und in der Sicherung „angemessener Preise“ hat der Mittelstand, speziell das Handwerk, auch die Arbeiter ganz auf seiner Seite. Daß der „Schutz der Arbeitswilligen“ in diesem Zusammenhang genannt wird, muß Bedenken und Befremden erregen. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie und der sozialistischen Irrlehren ist bisher von den oben genannten Gruppen recht oft in der verkehrtesten Form erfolgt. Die nachhaltigste und erfolgreichste Bekämpfung der Sozialdemokratie liegt in der Förderung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Man wird hier den Gedanken nicht los, daß sich hinter dieser Flagge der Bekämpfung der Sozialdemokratie andere Ziele verbergen.

Zu dieser Auffassung muß man kommen, wenn man nachliest, wie die mächtigste und stärkste Gruppe dieses Kartells, der Zentralverband deutscher Industrieller, die Gemeinschaftsarbeit auffaßt. Herr Dr. Schweighoffer, der Geschäftsführer des Zentralverbandes, hat auf der Tagung des letzteren am 15. September diese Gemeinschaftsarbeit vor den Delegierten des Verbandes in einem längeren Referat gerechtfertigt und die Notwendigkeit desselben damit begründet, daß die gemeinsamen Lebensinteressen ein Zusammengehen dieser drei Berufsstände „in allen grundsätzlichen Fragen unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik“ notwendig machen. „In diesen grundsätzlichen Fragen rechne ich (Dr. Schweighoffer) die Aufrechterhaltung der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, eine weise Beschränkung der sozialpolitischen Gesetzgebung und eine Verstärkung des Schutzes aller erwerbstätigen Kreise gegen Wirtschaftskrisen durch Boykott und Streiks“. Dieses Programm ist etwas deutlicher als die Zeitungsreden der Leipziger Tagung, und Herr Dr. Schweighoffer macht dann weiter kein Hehl daraus, zu welchen Aufgaben er die Hilfe der Landwirtschaft und des Mittelstandes benutzen will. Er weist auf die Erörterungen des politischen General- und Massenstreiks in den Reihen der Sozialdemokratie

Heute, bespricht den Hamburger Werftarbeiterstreik, leitet dann über auf die gegenwärtig togende internationale Staatenkonferenz zur Förderung des Arbeiterschutzes, auf die Forderung der Arbeiter nach mehr Arbeiterschutz in der Großindustrie, ganz besonders den Achtstundentag, bespricht die Forderungen nach einem größeren Schutz der Jugendlichen, besonders des Verbotes der Nachtarbeit für dieselben, und endlich noch die Konkurrenzklausele für die Angestellten, die bekanntlich im Reichstag in einem Kommissionsbericht vorliegt. Für diese „weiche Beschränkung“ der Sozialpolitik, d. h. die Ablehnung auch der dringendsten und notwendigsten Fortschritte auf diesem Gebiete, will der Zentralverband Mittelstand und Landwirtschaft anspannen.

Sehen wir uns nun die übrigen Interessengruppen an und ihre Bestrebungen, so ergibt sich für die Mittelstandsbewegung als vornehmste Forderung — wie sie wenigstens in der öffentlichen Diskussion, in den Petitionen an die Parlamente und den Verhandlungen der einzelnen Organisationen zutage getreten sind — Erdrückung der Konsumvereine der Arbeiter und Arbeitswilligen Schutz. Die Landwirtschaftliche Gruppe betrachtet für die nächste Zeit als vornehmste Aufgabe die Aufrechterhaltung der Zollgesetzgebung und Verstärkung derselben durch den sogenannten „Lückenlosen Zolltarif“, d. h. man erstrebt die Einführung von Mindestzöllen auf alle landwirtschaftlichen Produkte, also auch auf solche, auf denen bisher gebundene Mindestzölle noch nicht liegen.

Ein Skeptiker wird die wahre Tendenz der Leipziger Gemeinschaftsarbeit auf folgende Formel bringen:

1. Arbeitswilligen Schutz, Zertrümmerung der Gewerkschaften und der Tarifverträge, um die Arbeiter an der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu hindern.

2. Erhaltung und Vermehrung der Lebensmittelpreise ohne Rücksicht auf die herrschende Teuerung und auf die Ernährungsmöglichkeiten des Volkes.

3. Zertrümmerung der Genossenschaften zum Zwecke des gemeinschaftlichen Einkaufs von Lebensmitteln, um den Arbeiter zu hindern, für seinen sauer verdienten Lohn die Lebensmittel günstig einzukaufen.

Jedenfalls ist es Pflicht der christlich-nationalen Arbeiter, sich bewußt zu werden, welche Gefahr in dieser Kartellierung der Industrie, des Mittelstandes und der Landwirtschaft für die Verfolgung ihrer Lebensinteressen, auskömmliche Löhne, Schutz der Gesundheit und Arbeitskraft, erschweringliche Lebensmittelpreise, liegt.

Als praktische nächste Aktion des Kartells wird man erwarten müssen, einen Verstoß gegen das Koalitionsrecht und Verweigerung aller Maßnahmen zur Linderung der Teuerung. Bedauerlich ist und bleibt es, daß der Mittelstand und zwar vor allem der Handwerkerstand sich in dieses Jahrwasser der Koalitionsrechtsfeinde hat drängen lassen. Gerade mit dem Handwerk hat die Arbeiterklasse, wenn auch noch anfänglich harten Kämpfen, den Boden der gemeinsamen Verständigung in der Form der Tarifverträge gefunden. Und die Erfahrungen der letzten Jahre, die fast kampflose Erneuerung der Tarife im Baugewerbe, im Buchdrucker-

gewerbe, der Holzindustrie und im Malergewerbe, haben gezeigt, wie segensreich die Tarifbewegung für beide Teile wirkt. Was den Mittelstand verängert — und zwar mit Recht verängert — das ist der Terrorismus der Sozialdemokratie und der politische Boykott, der gegen die Gewerbetreibenden und Handwerker von der Sozialdemokratie ausgeübt wird. Hier trifft die Sozialdemokratie der schwere und berechtigte Vorwurf, den wir ihr so oft schon gemacht haben, daß sie mit ihrem Ueberroddalismus, ihrem Terrorismus und ihrer politischen Großmannsucht den Scharfmachern und Arbeiterfeinden direkt in die Hände arbeitet. Um das Gewerbe gegen solche Ausschreitungen zu schützen, scheint uns aber der Weg, der hier eingeschlagen wird, nicht der richtige zu sein. Die gegenwärtige Gesetzgebung reicht vollständig aus, um Uebergriffe zu bestrafen, und zwar werden sie in jüngster Zeit außerordentlich scharf bestraft.

Der Zentralverband der Industriellen ist von jeher ein Gegner der Arbeitsstärkergemeinschaften gewesen und er verfolgt jetzt offenkundig die Absicht, sowohl mit Hilfe der Gesetzgebung wie auch durch private Initiative und finanzielle Unterstützung die Tarifbewegung zu hemmen. Er will offenbar das dem Kleingewerbe einen Rückhalt geben, um es bei Streiksum die Erneuerung der Tarife widerstandsfähig zu machen, denn die Tarifpolitik, die sich im Kleingewerbe bewährt, wird auf die Dauer auch in der Industrie ihren Eingang halten. Das ist offenbar die Befürchtung der Zentralverbände, und darum suchen sie den Mittelstand in ihre Gefolgschaft und Abhängigkeit zu bringen, um das zu zerstören, was in jahrzehntelangen hestigen Kämpfen zum Segen für die Arbeiter wie auch für das Handwerk selbst in den Tarifverträgen geschaffen wurde.

Was die Wirtschaftspolitik anlangt, so hat zwar Herr Dr. Schweighöffer sich auf der Sitzung des Zentralverbandes in Leipzig dagegen verwahrt, daß er eine Erhöhung der Zölle und einem lückenlosen Zolltarif seine Zustimmung versprochen hätte. In Wirklichkeit ist damit nichts gesagt. Eine Erhöhung unserer Getreide- und Fleischzölle ist nach Lage der Dinge überhaupt ausgeschlossen. Wenn der Zentralverband nicht so ganz verblendet seine rein gewerkschaftsfeindlichen Ziele verfolgte und auch irgendwie Verständnis hätte für die Lebensinteressen der Arbeiter, dann müßte er zum mindesten in dem von ihm mitabgeschlossenen Kartell die Forderung vertreten, daß er die Zollgesetzgebung und Handelspolitik so gestalten wird, daß sie die Lebensmittelversorgung Deutschlands zu Preisen, die für die unteren Volksklassen erschwinglich sind, sicherstellen.

Die Betrachtung all dieser Umstände muß uns christlich-nationale Arbeiter skeptisch stimmen. Das Leipziger Gemeinschaftskartell ist ein Sturmzeichen für die ganze bürgerliche Arbeiterbewegung. Und angeht diese Verbrüderung aller Arbeiterfeinde und Gegner einer selbständigen Arbeiterbewegung und einer fortgeschrittenen, unserer Kultur und Zivilisation angepaßten Sozialpolitik, fragt man sich erlaubt, wie so viele christliche Arbeiter dem Organisations-

gedanken so interesselos gegenüber stehen. Wenn es irgend noch eines Anstoßes bedürfte, um den christlich-nationalen Arbeitern begrifflich zu machen, wie ernst die Zeiten für sie sind und wie notwendig die Stärkung unserer Organisationen, insbesondere der christlichen Gewerkschaften ist, dann ist es dieses Kartell der Arbeiterfeinde von Leipzig.

Die Lohnbewegung im Münchener Schaffergewerbe — eine rote Niederlage.

Eine empfindliche Schädigung der Arbeiter und eine Blamage der roten Schafflerführer, das ist das Resultat des monatelangen Kampfes, der von Seiten des sozialdemokratischen Böttcherverbandes gegen unseren Verband in München geführt wurde. Am 8. Sept. bereits wurde die Riesenblamage vor den Schranken des Münchener Gewerbegerichts besiegelt, wo der Hauptvorsitzende Winkelmann erklärte, sich dem Vorschlag des Schiedsgerichts, wonach die Verhandlungen gemeinsam mit unserem Verband geführt werden sollten, fügen zu wollen. Daraufhin wurde zum erstenmal vor dem Einigungsamt in die sachlichen Verhandlungen des neuen Schafflervertrages eingetreten. Am Freitag, den 26. September kam es endlich zum Abschluß des Vertrages, bei dem unser Verband als gleichwertiger Kontrahent auftritt.

Und wie kamen die „Schafflergenossen“ im Laufe der Zeit allmählich zur Vernunft? Nachdem die Bemühungen des Gewerbegerichtsdirektors Dr. Brenner, eine Einigung herbeizuführen, dreimal scheiterten, kamen die roten Schafflerführer in eine verzweifelte Situation. Ihren Mitgliedern zu sagen, daß sie lediglich wegen der Ablehnung der christlichen monatelang auf jede Verbesserung verzichteten müßten, das wagten sie nicht. Da wurde die Sache auf einen anderen Starren geladen. Die gemachten Zugeständnisse der Arbeitgeber wären zu minimal und nachdem vorläufig nicht mehr zu erreichen sei, sollte die Durchführung der Bewegung auf eine spätere und bessere Zeit verschoben werden. Weiter wurde bestimmt, daß die ledigen Kollegen abzureisen hätten. Diese „saubere“ Ausrede hat bei den tonangebenden radikalen Elementen unter den Schafflern noch immer keine Wirkung getan, und so verfehlte sie auch diesmal nicht den beabsichtigten Zweck der Beschwichtigung, obwohl über die materielle Frage des neuen Vertrages vor dem Gewerbegericht noch garnicht gesprochen war.

Daß es sich nur um eine Vertlegenheitsphrase handelte, stellte sich nur allzubald heraus. Bald nach der beschlußfassenden Versammlung wurden Anbiederungsversuche an einzelne Meister unternommen. Die verantwortlichen Führer traten zurück und an ihrer Stelle betrieb der Herr Vorstand der Münchener Schafflerzählstelle, Dietmayer, das undankbare Geschäft, die Tariffrage in Fluß zu bringen. Er machte der Firma Göttsch den Vorschlag, ohne die Beamten, und nur mit den Arbeitern in die Tarifverhandlung einzutreten. Dies wurde von der Firma Göttsch kurz und bündig abgelehnt. Dann kam das von den roten schon oft angewandte Mittel, Drohung mit Boykott der eigenen Wirtschaften und der Brauereien, an die geliefert wird. Aber auch das zog diesmal nicht. Die Arbeitgeber wußten nur zu gut, daß in diesem Falle die breite Öffentlichkeit gegen die roten Pläne eingenommen war. Das ahnten zuletzt auch die „Genossen“ und unterließen wohlweislich weitere Schritte.

In dieser Situation der beschaulichen Ruhe erschien nun ein von unserem Verband herausgegebenes Flugblatt. Welche

Wenn man will

Was zu erreichen ist, wenn ein harter Will und ein energisches Handeln unter den Verbandmitgliedern anzukreft ist, das zeigt uns die Kleinarbeit und die Hausagitation, die im Laufe dieses Jahres von Mitgliedern des christlichen Metallarbeiterverbandes betrieben wurde. Wie z. B. die Gründung einer neuen Zählstelle gelangt wird, im „Metallarbeiter“ wie folgt geschildert:

Die Ortsgruppe N. N. zählt eine ganze Reihe tüchtiger Gewerkschafter in ihren Reihen, darunter mehrere Hausagitatoren. In der nächsten Nähe von N. N. liegt eine Stadt mit sehr vielen Metallarbeitern, die allgemein als die größte Hochburg im ganzen Bezirk angesehen wurde. Unsere tüchtigen Kollegen in N. N. haben sich aber nicht hingehen lassen, sondern haben sehr bald bemerkt, daß in der angeschlossenen roten Hochburg auch sehr viele Metallarbeiter unorganisiert waren. Alle Versuche aber, dort Fuß zu fassen, scheiterten. Die Kollegen in N. N. kamen zu dem Schluß, daß, sollte dieser Verband in der Stadt — nennen wir sie A. — Fuß fassen, ein Kollege von N. N. in A. Arbeit nehmen und dort ständig Agitation treiben müßte. Leider war aber von all den Hausagitatoren keiner bereit zu gehen; es fehlte ihnen die Familie oder andere zu bezeugen. Da hat sich der Leiter, Herr Hausagitationsleiter G. ohne weiteres dazu an. Er ging hin und nach zehn Wochen hatte er 24 Mitglieder für den Verband gewonnen. Das ist natürlich ein großer Erfolg. Und wie sieht der Kollege in A. aus? Sehr einfach. Er hat einen auch dem anderen beobachtet, den einen auf der Arbeit, den anderen im Hause, den dritten unterwegs und wieder einen anderen in freier Zeit, aber immer einen nach dem anderen. Das heißt, er hat ständig, unermüdet und unermüdet Kleinarbeit betrieben und will sie auch ständig weiter betreiben, wobei er schon eine Anzahl der Hausagitatoren unterstützt. Die Kollegen in N. N. sind jeder hochbegabt und haben die feste Überzeugung, in der angeschlossenen roten Hochburg eine Ortsgruppe zu bilden, die einen selbständigen Verband bilden kann.

Wie die Metallarbeiter bei der Hausagitation Erfolg erzielen, läßt folgende Zusammenfassung zu Darmstadt zeigen. In Darmstadt haben sich 14 Kollegen, die die Hausagitation unterstützen, 100 Unorganisierte für den Verband gewonnen und davon 41 für den Verband gewonnen. Hervorzuheben wurde in der Ortsgruppe Metallarbeiter in A. gemacht. In fünf Gemeinden wurden bisher die Hausagitationen nicht weniger als 104 neue Ver-

bandsmitglieder gewonnen. Das war sicherlich ein schöner Erfolg, der glänzend die unerschöpfliche Widerstandskraft: „Es gibt ja noch nichts!“ widerlegt. — In Erfurt wurden 26 Unorganisierte von 3 Kollegen besucht. Erfolg: 6 Neuaufnahmen. In Halle, einer ebenfalls roten Hochburg, besuchten 5 Kollegen 24 Unorganisierte. Es wurden angequ岸: einmal 5, zweimal 4, dreimal 19 und mehr wie dreimal 6 Unorganisierte. Aufgenommen wurden davon 18 Kollegen. In nicht minder roten Weimarerode gingen 2 Kollegen auf die Hausagitation. Sie besuchten 30 Unorganisierte und gewannen davon 10. Damit war die Gründung einer neuen Zählstelle ermöglicht. In Peine wurden 30 Unorganisierte von 6 Kollegen besucht. Der Erfolg: 12 Neuaufnahmen. Recht günstig war der Erfolg der Hausagitation in der Ortsgruppe Hannover-Büffel. Fast regelmäßig alle 14 Tage ist hier von 10 Kollegen Hausagitation betrieben worden. Die 26 Unorganisierten, die sie aufsuchten, sind alle gewonnen worden. In Oker nahmen 3 Kollegen an einem Sonntag von 9 besuchten Unorganisierten 7 in den Verband auf. Eine systematische Hausagitation führte die große Verwaltungsverwaltung Duisburg des christlichen Metallarbeiterverbandes innerhalb eines Monats durch. Es beteiligten sich daran 78 Mitglieder. Angequ岸 wurden 942 Leute; davon gewonnen 303. Die Gesamtmaßnahmen der Verwaltungsverwaltung beließen sich in diesem Vierteljahr auf 429, der höchsten, jemals erreichten Zahl. An der Hausagitation nahmen teil, lassen sich selbst 60-jährige Kollegen nicht scheuen. Selbst in einer Stadt wie Berlin kann eine planmäßige durchgeführte Hausagitation Erfolge bringen. In wenigen Tagen gewannen die Metallarbeiter dadurch 17 Mitglieder, in diesem Jahre 18. Die planmäßig durchgeführte Kleinarbeit führte dazu, daß die Zahl der Neuaufnahmen in dem in Frage kommenden Vierteljahr 51 betrug, während sonst kaum die Hälfte der Neuaufnahmen zu verzeichnen waren.

„Ganz, das es noch ein Gefühl; da kommt wenigstens mal was!“ — So sagte kürzlich ein Kollege von Lützenweide seine Meinung über die Hausagitation. Er war einer von denen, die sich lange Zeit gehindert hatten, an Sonntagssitzungen für ihren Verband zu gehen. Mit Zeit und Kraft hatte er sich schließlich bewegen lassen, verschämte einmal mitzugehen. Und jetzt hat er einmal diese Erfahrung gemacht. Sein Bruder, Leiter der Ortsgruppe, hat es sich nicht lassen, daß man in Lützenweide durch Hausagitation gleich 53 Kollegen gewinnen werde. Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß die Kollegen ihren Herzen Luft machten und es offen bekundeten, nicht schon eher loszugehen zu sein. Ingepointe durch die Kleinarbeit, gingen auch die Kollegen in benachbarten Schiffsstädte

von Haus zu Haus, um für ihren Verband zu werben. Der erste Vorstoß brachte ihnen gleich 26 Neuaufnahmen.

In einer kleineren Ortsgruppe in der Nähe von Bochum brachte die Hausagitation 22 neue Mitglieder. Und dabei war unter den Kollegen gar keine Begeisterung für die Hausagitation. Ein einziger Kollege war endlich des Zauberns müde, er nahm den ersten besten Kollegen sozusagen von der Straße mit und machte sich an die Arbeit. Es beteiligten sich dann im weiteren einmal 6, zweimal 4, ständig jedoch nur 2 Kollegen; und um das nur zu erreichen, mußte der Kollege noch ab und zu eine Anleihe bei den Bauarbeitern machen. Also die Beteiligung war gar nicht so berühmt; der Erfolg ist auch nicht einmal ein außerordentlich. Aber trotzdem, hätte nur jede Ortsgruppe entsprechend ihrer Mitgliederzahl das Gleiche in der Hausagitation geleistet, dann hätte der Metallarbeiterverband durch die Hausagitation in 2 Monaten, da die Ortsgruppe den 650. Teil aller Mitglieder des Verbandes zählt, 650 mal 22, das sind über 14000 neue Mitglieder gewinnen müssen. So summieren sich die aufscheinend kleinen und kleinsten Erfolge der tüchtigen Kleinarbeit der Kollegen in den einzelnen Gruppen zu großen Erfolgen für den Verband. So können wir durch systematisch betriebene, pflichttätige Kleinarbeit den unseren Bestrebungen hindernd im Wege stehenden Indifferentismus fortlaufend empfindlich schwächen und die Zahl der Mitkämpfer für unsere Ideen von Tag zu Tag bedeutend erhöhen.

Aber wollte angesichts der vorstehend wiedergegebenen schönen Resultate noch zu behaupten wagen, die Hausagitation habe keinen Zweck! Diese Ausrede wird durch die Praxis schlagend widerlegt — oder will einer der „Drücker“ nachweisen, die genannten Ortsgruppen hätten den Mitgliederzuwachs bekommen, wenn sie mit der Hausagitation nicht ernst gemacht hätten? — Gebt sich darum jetzt einmal auch in unserem Verbande ein jeder Kollege selbst Rechenschaft darüber, ob er in puncto Kleinarbeit für seinen Verband seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan. — Da aber werden gerade diejenigen, die sich bereit sind bei der Hausagitation „drücken“, am schlechtesten abschneiden. Jeder gewissenhafte Kollege, der etwas auf seine Ehre als Gewerkschafter hält, wird aber sicherlich am Schluß des Jahres nicht wieder mit einem Ranke an Pflichterfüllung aufweisen wollen. Darum wird er es sich in den nächsten Tagen und Wochen nicht nehmen lassen dürfen, ebenfalls dabei zu sein bei der Durchführung der Hausagitation.

Aufnahme dasselbe fand, zeigen die verschiedenen Vorgänge. Bei der Verteilung vor dem Betriebe Dreier verlangten viele der Schächler 2-3 Exemplare, einige dagegen gerieten bei dem Anblick des Satzes „Zentralverband christlicher Holzarbeiter“ in eine berattige Wut, daß sie das Flugblatt vor den Augen der Verteiler zornig zerrissen. Demgegenüber steht auch die Tatsache fest, daß viele rot organisierte Schächler und Brauereiarbeiter von uns und unseren Kollegen die Flugblätter verlangt haben. Nun erlebten die „Christen“ schwere Stunden. Von allen Seiten wurde ihr Verhalten scharf kritisiert, und in den Reihen der roten Schächler zeigte sich eine große Unruhe. In solcher Lage versagte der Einfluß des örtlichen Führers Mühl und wohl auch der des Kreisleiters Beh-Frankfurt. Da mußte Winkelmann aus Bremen wieder erscheinen, um den revolutionierenden Mitgliedern wieder Mut zuzusprechen. Man erzielte diesen Zweck damit, daß man den Mitgliedern versprach, neue Wege zu suchen, um zu einem Resultat zu kommen.

Die neuen Wege suchte man auf eine eigenartige Weise. Den Arbeitgebern ging seitens der Roten ein Schreiben zu, in dem die meisten der bei Beginn der Bewegung gemachten Zugeständnisse angenommen und nur Differenzen im Einstelllohn von täglich 5 Pfg., sowie einige kleinere Punkte des Vertrages beanstandet wurden. Die vorher so radikalen „Genossen“ zeigten sich jetzt von einer wahrhaft bescheidenen Seite. Sie glaubten auf diese Weise die Arbeitgeber von dem Verlangen nach gemeinschaftlichen Verhandlungen umzustimmen. Doch auch diese demütige Rolle wurde vergeblich gespielt. Nach nahezu dreiwöchentlichem bangen Warten wurde den „Genossen“ wieder die Antwort zuteil, daß der Abschluß eines Vertrages nur durch gemeinsame Verhandlungen mit dem christlichen Verband zustande kommen könne.

Diese Antwort schien die Schächler „Genossen“ am Rand der Verzweiflung zu bringen, denn der hierauf gegen den Willen des Zentralverbandes im Betriebe J. Dorn ausgebrochene wilde Streik war eine Verzweiflungstat. Die Folgen dieses Streiks wären für die Roten verhängnisvoll gemorden, wenn nicht Dr. Brenner sich der Sache wieder angenommen hätte. An unseren Verband trat nun abermals die Frage heran, ob wir nachgeben, d. h. auf die gemeinsamen Verhandlungen verzichten wollten, oder nicht. Der Bericht wurde nach wie vor entschieden abgelehnt. Die daraufhin anberaumte Verhandlung sah ein Schiedsgericht vor, das sich aus 2 Arbeitgebern und 2 Arbeitnehmervertretern (von den Roten Abg. Timm und unsererseits Sekretär Wettemann) zusammensetzte.

Nochmals wurde die Frage des gemeinsamen Handelns aufgeworfen und von Dr. Brenner beäwortet. Winkelmann versuchte mit vielen radikalen Worten abermals die gemeinsamen Verhandlungen abzulehnen, machte damit aber keinen Eindruck. Von Seite der Arbeitgeber und des Kollegen Schwarzler wurde ihm kurz erwidert, daß nun zum viertenmale der Einigungsversuch als gescheitert anzusehen sei. Soweit wäre es nun auch gekommen, wenn den Roten das Schiedsgericht nicht den Unfall erleichtert hätte. Die Schiedsrichter zogen sich nämlich zurück und machten den Parteien den Vorschlag: die Verhandlungen sind gemeinsam zu führen, die Unterzeichnung des Vertrages erfolgt gesondert.

Nach wenig Überlegung griffen die roten Genossenführer nach diesem Strohhalm der Ehrenrettung und erklärten den Vorschlag anzunehmen. Bezirksleiter Schwarzler gab die Erklärung ab, daß der erste Abschluß des Vermittlungsvorschlages unserer Forderung entspricht, der zweite jedoch nur aus dem Grunde akzeptiert wird, um endlich den Münchener Schächlern zu der notwendigen Lohnerhöhung zu verhelfen. Die Arbeitgeber schlossen sich letzterer Erklärung an und damit war erst der Weg zur sachlichen Beratung des vorliegenden Vertrages gebahnt. In einem Abschluß kam es am gleichen Abend aus dem Grunde nicht, weil einzelne Arbeitgeber und der Verhandlungsleiter verteidigen mußten.

Die sozialdemokratische Schächlerorganisation und besonders die Führer haben bei dieser Bewegung eine schwere Niederlage in ihrem Ansehen und ihrer Macht erlitten und sie haben es nach den Erklärungen des Fabrikanten Herrn Dreier nur der christlichen Organisation zu verdanken, wenn sie nicht restlos ihren, anfangs der in Bewegung eingenommenen Standpunkt auch bezüglich der Unterschrift, aufzugeben brauchen. Alle die gebrauchten Drohungen und starke Worte erwiesen sich als leere Phrasen. Hoffentlich ziehen sie und auch andere Organisationen gleichen Kalibers, die nächste Augenwendung daraus und verzichten künftig von vornherein auf die Niederrichtung der christlichen Organisation. Solches Beginnen schädigt stets nur die Arbeiter.

Zuletzt noch einige Worte zu dem Verhalten der Arbeitgeber. In den meisten Fällen wird ein entschiedenes Eintreten der Arbeitgeber oder ihrer Verbände für eine Minderheitsorganisation in dem Sinne aufgelegt werden können, daß dieselben dies nur aus selbstsüchtigen Interessen tun. In vorliegendem Falle waren Motive solcher Art nicht vorhanden. Von Anfang bis zum Ende und in jeder Phase der Bewegung wurden die Arbeitgeber nicht im unklaren darüber gelassen, daß der materielle Inhalt unserer Forderungen sich völlig deckt mit dem der gegnerischen Organisation. Seitens der Arbeitgeber wurde nicht der geringste Versuch unternommen, in dieser Richtung vielleicht zu ihren Gunsten einzuwirken. Es fand die Stellungnahme unseres Verbandes bezüglich seines Strebens vielmehr volles Verständnis. Der Beweggrund zu der entschiedenen Stellungnahme der Arbeitgeber gegenüber den Annahmen der Roten lassen sich vielleicht aus dem Gesichtspunkte erklären, daß sie nach den gemachten Erfahrungen entschiedene Gegner roter Monopolisierungen im Vertragsverhältnis geworden sind und eine Organisation auf christlicher Grundlage als berechtigt anerkennen. Diese Auffassung deckt sich selbstverständlich mit der unseren und deshalb vertraut wir in diesem Kampf gemeinsame Interessen. Diese Anschauung dürfte wohl auch

sonst bei manchen Unternehmern vorhanden sein, aber mit einer solchen Entschiedenheit und Korrektheit wurde sie sicher noch selten vertreten. Würde man seitens aller Arbeitgeber und ihrer Verbände im Deutschen Reich in gleicher Weise, so wie es hier der Fall war, verfahren, so würde der sozialdemokratische Hochmut, welcher zuletzt immer zum Schaden der Arbeiter ausschlagen muß, bald sein Ende erreichen.

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

**Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 40. Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. Sept. bis 4. Oktober fällig ist.**

**Arbeitslosenratifikation.** An die rechtzeitige Einsendung der Arbeitslosenmeldebögen wird erinnert.

**Verlorene Mitgliedsbücher.** Nr. 16240 Johann Voller; Nr. 90949 August Gorth. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

**Lohnbewegung.**

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluß einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

**Der Fuzug ist fernzuhalten**  
Schreiner: Gebweiler i. E. Ozerik, Darmstedt (Worpsweder Werksstätten).  
Wagenfabrik: Bremen (Karosseriewerke, vorm. L. Girner, Aktien-Gesellschaft).

**Änderungen in laufenden Tarifverträgen.**

Im Monat Oktober treten auf Grund der vom Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands abgeschlossenen Tarifverträge die nachstehend aufgeführten Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Kraft:

**Augsburg mit Lechhausen, Oberhausen, Pfaffen, Kriegshaber und Göggingen (Schreinergerwerbe).** Die wöchentliche Arbeitszeit wird am 1. Oktober von 51 auf 53 Stunden verkürzt. Am Wochenlohn ist um 4 Uhr Arbeitsschluß. Die Stundenlöhne sämtlicher Gehilfen erhöhen sich um 1 Pfg.

**Barmen (Holzgerwerbe).** Am 1. Oktober wird die wöchentliche Arbeitszeit von 51 auf 53 Stunden wöchentlich verkürzt. Die tägliche Arbeitszeit beginnt morgens 7 Uhr und endet abends 6 1/2 Uhr, mit einer Mittagspause von 12 bis 1 1/2 Uhr und einer Frühstück- und Bsperrpause von je 15 Minuten. An den Sonnabenden ist um 12 1/2 Uhr Arbeitsschluß. Der Stundenlohn sämtlicher Arbeiter wird zum Ausgleich um 1 Pfennig erhöht. Der Durchschnittslohn der Maschinenarbeiter beträgt 2 Pfg. mehr.

**Bayern (Klein- und Mittelfabrikanten, Metzgerei & Co.).** Sämtliche im Betriebe beschäftigten Arbeiter erhalten am 1. Okt. eine Lohnerhöhung von 1 Pfg. die Stunde. Bei Akkordarbeiten findet ein der Lohnhöhung entsprechender Zuschlag statt. Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 54 auf 53 Stunden verkürzt.

**Biberach (Firma Koch & Bayer Nachf., Karl Schmitt & Co.).** Am 1. Oktober 1918 tritt eine allgemeine Lohnerhöhung von 1 Pfg. pro Stunde ein.

**Breslau mit Oswig, Rosenthal, Carlswitz, Feibowalde, Grün- eich, Pircham, Brodau, Wolfswitz, Hartlieb, Klittenborf, Krieterz, Bräschchen, Klein-Rohrborn, Groß-Rohrborn, Klein-Gandau, Klein-Tschansch, Schindelsfeld und Rosel (alle Betriebe der Tischlerei und Holzbearbeitung).** Die bestehenden Löhne werden ab 1. Oktober pro Stunde um 1 Pfg. ausbezahlt. Die Akkordlöhne erfahren eine Steigerung von 2 Prozent. Die Abschlagsätze bei Akkordarbeit erhöhen sich um 52 Pfg. die Stunde. Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 53 auf 52 Stunden herabgesetzt.

**Einlage (Landwirtschaftliche Maschinenfabrik B. Hölthues, Alt-Gez.).** Der Mindeststundenlohn erhöht sich ab 1. Oktober auf 40 Pfennig.

**Vorkau (Möbelfabrikanten Adrian und Sedder).** Am 1. Oktober 1918 erhalten sämtliche Gehilfen einen Lohnzuschlag von 1 Pfg. die Stunde.

**Elsfeld (Tischlereien und Holzbearbeitungsbetriebe).** Die wöchentliche Arbeitszeit wird ab 1. Oktober von 54 auf 53 Stunden verkürzt. Sonnabends ist um 5 Uhr Arbeitsschluß. Auf alle Löhne erfolgt ein Zuschlag von 1 Pfg. die Stunde. Der durchschnittsStundenlohn erhöht sich auf 58 Pfg. Der Durchschnittslohn der Maschinenarbeiter ist um 2 Pfg. höher.

**Gerford (Möbelindustrie).** Am 1. Oktober wird die wöchentliche Arbeitszeit von 53 auf 54 Stunden verkürzt. Die Stundenlöhne sämtlicher Arbeiter steigern sich um 1 Pfg. Der Durchschnittslohn erhöht sich für Tischler auf 50 Pfg., für Maschinenarbeiter, Pader, Montierer nach zweijähriger Beschäftigung als solche auf 43 Pfg. Der Mindestlohn für Hilfsarbeiter, die Teile eines Möbels zurechten oder fertigmachen, sowie für Leimer, Journierer und solche Hilfsarbeiter, die in der Regel im Maschinenraum beschäftigt werden und über 18 Jahre alt sind, erhöht sich nach einjähriger Tätigkeit in den Vertragsverhältnissen auf 35 Pfg.

**Kellheim und Hornau (Schreiner- und Holzgerwerbe).** Auf die Akkordpreise (Grundpreise und deren Zuschläge) für Garnituren, dreilürige Schränke und Toiletten erfolgt ab 1. Oktober ein Zuschlag von 1 Prozent. Die Stundenlöhne sämtlicher Arbeiter erhöhen sich um 1 Pfg.

**Mainz (Holzgerwerbe).** Die wöchentliche Arbeitszeit wird am 1. Oktober um 1 Stunde, auf 53 Stunden verkürzt. Die Beförderung entfällt auf den Samstag. Sämtliche Stundenlöhne erhöhen sich um 1 Pfg. Auf Akkordarbeit findet die Lohnrechnung sinngemäß Anwendung. Die Mindestlöhne für Schreiner steigen auf 49, für Maschinenarbeiter auf 51 Pfg. die Stunde.

**Morsheim mit Brödingen (Tischlerei- und Holzgerwerbe).** Der Mindestlohn erhöht sich am 1. Oktober von 48 auf 50 Pfg. Die derzeitig bezahlten Stundenlöhne werden um 2 Pfg. ausbezahlt.

**Fürstfeldbrunn und Umgebung (Schreinergerwerbe).** Am 1. Oktober wird die wöchentliche Arbeitszeit von 56 auf 55 Stunden verkürzt.

**Pöfen (Möbelindustrie).** Die Stundenlöhne sämtlicher Gehilfen erhöhen sich am 1. Oktober um 1 Pfg.

**Kampagne in Cham.** Ein lange Wochen haben die Kollegen in Cham um die Anerkennung ihrer Organisation und für den neuen Vertrag kämpfen müssen. Am 8. September wurden von dem Bezirksamte in Cham Einigungsverhandlungen angebahnt. Diese fanden unter Leitung des Herrn Gewerberates Schubert-Regensburg statt. Am 11. September wurde endlich eine Einigung erzielt. Wenn das finanzielle Ergebnis des Kampfes nicht so ist, wie es mancher Kollege erwartet hatte, so ist doch ein Erfolg erzielt, der wirklich nicht klein anzuschlagen ist. Drehte sich der Kampf in Cham doch in allererster Linie um die Vernichtung der Organisation. Die Kollegen hatten es mit Unternehmern zu tun, die infolge ihrer Vermögensverhältnisse in der Lage waren, sich den Kampf ein schönes Stück Geld kosten zu lassen.

Die Arbeitgeber fanden bei den Behörden durch alle nur möglichen Maßnahmen Beistand. Wir erinnern nur an die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes, zu dem nicht der geringste Grund vorlag. Es erfolgte das Verbot des Zusammenstehens von 5 und mehr Personen auf den Straßen und Plätzen in Cham und den benachbarten Orten. Die Kollegen, die in der Gemeinde Rathberg wohnen, wurden gezwungen, nachts vor dem Hause des Arbeitswilligen Gaimel Waage zu stehen, weil angeblich Leben und Gesundheit dieses ehrenwerten Bürgers in Gefahr waren. Die vielen Gendarmen, die in Cham versammelt waren, erblickten ihre Hauptaufgabe darin, möglichst viele Streikende zur Anzeige zu bringen. Hinterher, vor Gericht stellten sich die Vorgänge dann als bedeutungslos heraus. Konnte die bewaffnete Macht keine Streikvergehen feststellen, dann wurden alle Kollegen, die sich eines Fahrrades bedienten, kontrolliert, ob sie auch im Besitze von Fahrradkarten waren. War dieses nicht der Fall, wurden sie ohne weiteres — auch unser Bezirksleiter — zur Anzeige gebracht. Leute, die auf der Landstraße herumkamen, wurde von Gendarmen der Rat gegeben, in die Betriebe zu gehen und arbeitswillig zu werden. Unseren Streikposten wurden Vortrüge gehalten über die Schädlichkeit des Streiks und über die „guten Arbeitgeber“ in Cham, die nur der Arbeitern zuliebe ihre Betriebe eingerichtet haben. Die Kollegen erhielten sogar Gendarmereibesuch im Streiklokal, der sich dort aber gar nicht aufhielt, wie es sich für Königlich Bayerische Gendarmen geziemt. Die Arbeitgeber schickten nach allen Orten des bayerischen Waldes Arbeitswilligenagenten, die unter den größten Versprechungen Leute in die Betriebe hineinlockten.

Wenn trotzdem und alledem unsere Kollegen bis zur letzten Stunde ausgehalten haben, so zeugt dieses für einen gesunden gewerkschaftlichen Geist. Von den 213 Streikenden ist während der ganzen 11 Wochen kein einziger umgefallen. Es wäre auch keiner umgefallen und wenn der Kampf noch Wochen gedauert hätte. Wenn der Kampf beendet werden mußte, so lag es daran, weil es trotz der größten Anstrengungen zuletzt nicht mehr möglich war, die zahlreich anrückenden Arbeitswilligen fern zu halten. Unter den Arbeitswilligen waren Leute, die noch nie in einem Sägewerk gearbeitet hatten und rundweg erklärten, sie blieben nur so lange da, wie der Streik anhalte.

Nach dem abgeschlossenen Vertrage erhalten die Kollegen in der Spulensabrik sofort eine Aufbesserung von 1 Pfennig pro tausend Spulen, die bisher unter 30 Pfennig pro Tausend an Lohn gekostet haben und von 2 Pfennig pro Tausend für Spulen, die über 30 Pfennig kosteten. Diefelbe Erhöhung tritt am 1. April 1915 nochmals ein. Die Löhne der Sägearbeiter werden am 1. Pfennig am 1. Januar 1914, um 1 Pfennig am 1. Mai 1915 und um 1 Pfennig am 1. Mai 1916 ausbezahlt, so daß die Kollegen während des Vertrages auf einen Mindestlohn von 3 Mark kommen. An den Kollegen in Cham liegt es jetzt, daß die Organisation immer mehr gefestigt wird, daß aber auch vor allen Dingen Sorge getragen wird, der Organisation in den umliegenden Orten und Sägewerken des Bayerischen Waldes eine weitere Verbreitung zu schaffen. Letzteres ist eine unbedingte Notwendigkeit und die Hauptlehre, die aus dem Kampf zu ziehen ist.

**Der Tarifabschluß in den Münchener Holzfabriken** brachte folgende Veränderungen: Die Arbeitszeit beträgt für alle Betriebe 9 1/2 Stunden, die Mittagspause 1 1/2 Stunden. Samstags währt die Arbeitszeit 8 1/2 Stunden. Die Löhne: In drei Betrieben besteht Taglohn, in 2 Betrieben Wochenlohn. Der Einstelllohn beträgt für die 3 Betriebe 5 Mk. pro Tag für Schächler und 4,45 Mk. für Hilfsarbeiter. Der Durchschnittslohn für Schächler beträgt 5,30 Mk. Die bisher bezahlten Löhne der Schächler werden um 30 Pfg., die der Hilfsarbeiter um 25 Pfg. im Tag erhöht. Der Einstelllohn in den übrigen 2 Betrieben beträgt 32 Mk. pro Woche. Die Löhne der bisher bis zu 36 Mk. beziehenden Schächler werden um 1,80 Mk., die Löhne der höher entlohnten Schächler um 90 Pfg. erhöht. Hilfsarbeiter erhalten die gleiche Zulage und haben 27 Mk. Einstelllohn. Urlaub wird gewährt unter Bezahlung: nach 5 Jahren 2 und nach 10 Jahren 3 Tage pro Jahr. Gehilfen bis zum 19. Lebensjahr erhalten 4,70 Mk. pro Tag. Überstunden werden mit 10 Pfg. Zuschlag vergütet. Der Vertrag enthält noch die Bestimmung, daß Verschlechterungen besserer Arbeitsbedingungen nicht stattfinden dürfen und daß 4 Wochen vor Ablauf des Vertrages die

